

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 17 vom 22.1.2020

© Rhein-Neckar-Zeitung

Zwölf Punkte gegen den Wohnungsmangel

Mieterbund stellt Forderungen vor

Der Bund soll Bauland nur an Kommunen verkaufen, diese dann nur noch verpachten dürfen

Von Annette Dönisch, RNZ Berlin

Berlin. Kein Grund zur Entwarnung: Anfang der Woche teilte ein Immobilien-Institut mit, die Mieten würden im Bundesdurchschnitt leicht sinken. Der Mieterbund sieht dagegen keine Entspannung am Wohnungsmarkt. Man sei „meilenweit von einer Trendwende entfernt“, sagt Präsident Lukas Siebenkotten.

Der Verband stellte gestern in Berlin einen Zwölf-Punkte-Katalog vor, um gegen Wohnungsnot vorzugehen. „Und zwar insbesondere in Metropolen, in Universitätsstädten und überall da, wo wirklich jede Menge Druck auf dem Wohnungsmarkt herrscht“, so Siebenkotten. Noch immer würden die Mieten für Menschen, die nicht umziehen – so genannte Bestandsmieten – um durchschnittlich 1,4 Prozent pro Jahr steigen. Es seien „schnelle, umfassende und radikale Lösungen notwendig“. Der Verband rief auch zu Protesten auf. „Wenn sich sehr viele Menschen artikulieren, dann reagiert Politik des Öfteren“, so Präsident Siebenkotten. Generell forderte der Mieterbund, der alle Mietervereine vertritt, mehr Engagement vom Staat.

Nach Berechnungen des Verbands fehlten in Deutschland etwa eine Million Wohnungen. Die Zahl der Sozialwohnungen, die staatlich gefördert werden und an eine Mietbindung gekoppelt sind, müsse von derzeit 1,2 Millionen bis 2030 auf zwei Millionen Wohnungen steigen. Pro Jahr müssten 80 000 Sozialwohnungen gebaut werden. Der Bund solle dafür jährlich 6,5 Milliarden Euro bereitstellen. Auch darüber hinaus plädierte der Verband für den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen. Dies solle der Staat durch Steuererleichterungen in Höhe von drei Milliarden Euro beschleunigen.

Starke Kritik übte der Verband am Bund. Er habe sich nicht um das Thema Bestandsmieten gekümmert, kritisierte Siebenkotten. „Der Mietendeckel in Berlin ist nichts anderes als eine Reaktion auf die Untätigkeit des Bundes auf diesem Feld.“

Die Öffentliche Hand solle Bauland erschließen und gegen Bodenspekulationen vorgehen. „Wir haben da möglicherweise recht radikale Vorschläge“, sagte Präsident Siebenkotten. „Wir glauben, dass Bund und Länder Grundstücke nur noch an Kommunen verkaufen sollten.“ Öffentlicher Grund müsse dauerhaft in der Hand des Staates bleiben. Kommunen dürften Grundstücke nur noch in Erbpacht vergeben – also für einen festgeschriebenen Zeitraum gegen Zahlung. Darüber hinaus sollte der Staat die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unterbinden – nicht nur in Milieuschutzgebieten, sondern in allen angespannten Wohnungsmärkten. Diese Praxis führe in der Regel zu Mieterhöhungen und Verdrängung.

Der Mieterbund befürwortet eine bayerische Bundesratsinitiative. Demnach soll Mietwucher leichter geahndet werden als bisher. Mietwucher liegt vor, wenn ein Vermieter eine Miete fordert, die mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Allerdings seien bisher die Voraussetzungen, um den Paragraphen anzuwenden, sehr hoch, schilderte die Mieterbund-Bundesdirektorin Melanie Weber-Moritz. „Sie erfordern bislang ein Ausnutzen einer Zwangslage des Mieters. Das lässt sich so gut wie nicht in der Praxis nachweisen“. Der Entwurf des Bundesrates läge jetzt dem Bundestag vor. „Das befürworten wir ganz klar“, sagte Weber-Moritz. Darüber hinaus fordert der Verband unter anderem den Kündigungsschutz zu verbessern, die Mietpreisbremse zu verschärfen sowie Modernisierungen von Gebäuden sozialverträglich zu gestalten und verstärkt staatlich zu fördern.